



Detlef Wetzel
Zweiter Vorsitzender der IG Metall

„Arbeit für alle bei fairem Lohn“ -

1. Mai 2009

Kundgebung Zwickau

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Mehr Rendite, schnellere Rendite, höhere Rendite“ - das war der Schlachtruf letzten Jahre.

Der Schlachtruf der Gierigen in Banken und Börsen.

Dieser Schlachtruf wurde zum Maßstab des wirtschaftlichen Handelns.

In Deutschland, in Europa, auf der ganzen Welt – überall galt nur noch eines: Die grenzenlose Freiheit des Marktes!

Heute sehen wir das Ergebnis:

Die Weltwirtschaft steckt in einer einmaligen Krise.

In einer Krise, die alle Branchen erfasst!

In einer Krise, die überall auf der Welt zu spüren ist!

Das ist keine konjunkturelle Krise!

Keine zyklische Krise!

Das ist eine Systemkrise!

Und wenn wir eine Systemkrise haben, dann müssen wir das System reparieren. Mit Flickschusterei kommen wir nicht weiter!

Das heißt vor allem:

Die Politik muss sich ändern.

Denn es waren ja nicht zehn böse Buben aus der Finanzwirtschaft, die die Krise ausgelöst haben.

Überall auf der Welt, auch in Berlin, waren politisch Verantwortliche stolz darauf, dass sie immer neue Finanzinnovationen möglich gemacht haben.

Nach dem Motto:

Die Party soll nicht ohne uns stattfinden.

Die Krise wurde von der Politik maßgeblich herbeigeführt und hatte eine ganz bestimmte Ideologie zur Grundlage.

- Deregulierung der Finanzmärkte,
- Deregulierung und Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme
- Deregulierung des Arbeitsmarktes und Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.
- Privatisierung des öffentlichen Eigentums,

Diese neoliberalen Dogmen wurden regierungsamtliche Politik.

„Geld arbeitet“ und vermehrt den gesellschaftlichen Reichtum!

Diesem neoliberalen Dogma sind alle erlegen!

Wenn an dieser Ideologie nichts geändert wird, wird es nach der Krise so weiter gehen wie bisher!

Wer aus der Krise gestärkt hervorgehen will muss umdenken!

Unternehmerisches Handeln hat nicht das Vermögen des Aktionärs zu mehren.

Unternehmerisches Handeln muss den Mensch in den Mittelpunkt rücken!

Es muss auf die Sicherung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein!

Politik darf nicht Erfüllungsgehilfe von Wirtschaft und Finanzmärkten sein!

Politik muss der gesellschaftlichen Entwicklung und den Menschen dienen!

Wir brauchen einen Neuanfang!

Wir brauchen Wirtschaftsordnung, die dem Wohl der Menschen dient, statt Reiche noch reicher zu machen!

Wir brauchen einen sozialen, demokratischen und ökologischen Zukunftsvertrag!

Dafür kämpfen wir!

Und dafür werben wir um Unterstützung!

Wir müssen Viele sein! Wir müssen laut sein! Unüberhörbar!

Denn bis jetzt tun die Täter der Krise so, als hätten sie mit all dem nichts zu tun!

Ich habe bis heute nicht gehört, dass Verantwortung übernommen wird!

Kein Banker hat sich für sein Fehlverhalten öffentlich entschuldigt!

Kein Unternehmer hat für seinen Renditewahn Abbitte geleistet.

Oder gar die persönlichen und finanziellen Konsequenzen getragen

Kein Politiker hat gesagt:

Wir haben zu lange auf die Falschen gehört und viel Mist gebaut!

Keiner dieser so genannten Wirtschaftsexperten auf den Professorenstühlen dieser Republik hat aus seinen Fehleinschätzungen und -bewertungen die Konsequenzen gezogen!

Alle waschen ihre Hände in Unschuld!

Oder tun so, als sei nichts passiert!

Es ist doch schon makaber, dass ein Westerwelle, Henkel oder Sinn sich jetzt wieder als Lehrmeister hinstellen und die gleichen neoliberalen Glaubenssätze vor sich herbeten.

Es ist doch schon makaber, wenn der Chef der Deutschen Bank, Herr Ackermann in dieser Woche sagt:

Weiter so, ist doch alles prima – und auf dem völlig überzogenen Renditeziel von 25 Prozent beharrt!

Das ist ein Skandal!

Dass bis 2013 Chef der Deutschen Bank bleiben wird ist ein fatales Signal.

Denn er hat offensichtlich nichts verstanden!

Völlig überzogene Renditevorgaben waren eine der Ursachen dafür, dass Banken unverantwortliche Risiken eingegangen sind.

Sie waren eine der Ursachen, die die Weltwirtschaft an den Abgrund brachte!

Ein „Weiter so“ darf es darum nicht geben!

Das Maß ist voll!

Solche Leute müssen Verantwortung für die Krise übernehmen.

Nicht weiter Verantwortung für Unternehmen!

Das gilt auch für Politik und Realwirtschaft!

Wir fordern:

Entschuldigt euch bei den Menschen!

Gebt Fehlverhalten zu!
Zieht persönliche Konsequenzen!
Und vor allem: Ändert eure Politik!

Verabschiedet euch von den ideologischen Glaubenssätzen und stärkt all das, was
Gemeinsinn stiftet!
Bietet den Menschen endlich eine soziale, gerechte und demokratische
Perspektive!

Kolleginnen und Kollegen,

nach der Krise darf es nicht so weitergehen wie vor der Krise.
Darum müssen wir jetzt handeln!

Das heißt zunächst:
Alles dafür tun, damit die Krise nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen
wird.

Es kann nicht sein, dass die Opfer bluten müssen und die Täter ungeschoren davon
kommen.

Keine Entlassungen in der Krise - die Sicherung von Arbeitsplätzen hat darum
oberste Priorität.

Wir haben Vorschläge gemacht,

- die Beschäftigungssicherung an die erste Stelle setzten,
- die Konjunktur kurzfristig stützt
- und die auch über den Tag hinaus blicken.

Und wir waren durchaus erfolgreich.
Die Verbesserung der Regelungen zur Kurzarbeit haben wir durchgesetzt!
Es zeigt sich jetzt, dass damit Arbeitsplätze gesichert werden können.

Auch die von uns geforderte Umweltprämie für Altfahrzeuge wurde in veränderter Form
beschlossen und ist ein voller Erfolg.

Aber die Risiken für die Beschäftigung sind noch längst nicht gebannt.

Es ist zu befürchten, dass in Sachen Arbeitsplatzsicherung das dicke Ende noch vor
uns liegt.
Von Arbeitgeberseite hört man immer wieder mal:
Kündigungen können nicht ausgeschlossen werden!

Darum an sie die klare Botschaft:

Lasst die Finger davon!
Ihr werdet sie euch verbrennen!

Keine Entlassungen in der Krise!
Das ist machbar!

Kolleginnen und Kollegen,

auch gegenüber der Politik haben wir klare Erwartungen formuliert.

In den Zeitungen und Talkshows wird viel über das Thema Staatsbeteiligungen gesprochen.

Banken werden zu systemischen Instituten erklärt und erhalten Bürgschaften und vor allem Eigenkapital.

Industrieunternehmen sollen dagegen über Märkte bereinigt werden.

Der Staat dürfe nicht alle Unternehmen übernehmen.

Diese Debatte ist absurd!

Die Industrie und die Menschen die in den Betrieben arbeiten sind für den Wohlstand und die politische Stabilität mindestens ebenso systemisch wie die Banken es für die Finanzmärkte sind.

Die Industrie ist das Rückgrat der Wirtschaft!

Die Menschen sind das Herz der Wirtschaft!

Darum darf es nicht sein, dass gesunde Unternehmen wegen der Krise abaufen und tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen.

Wir fordern einen Schutzschirm für Beschäftigung!

Die Banken bekommen einen Rettungsschirm!

Und für die Industrie und die Sicherung der Arbeitsplätze bleibt ein löchriger Knirps übrig!

So kann es nicht sein! Das nehmen wir nicht hin!

Kolleginnen und Kollegen,

und es gibt Wege wie sich das realisieren lässt.

Wir verlangen einen bundesweiten Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung!

Wir wollen das Geld dafür bei denen Vermögenden holen.

Über eine Zwangsanleihe.

Weil wir der Meinung sind:

Die kleinen haben genügend gezahlt – jetzt sind mal andere dran!

Jetzt sind mal die dran, die von der falschen Politik der letzten Jahre profitiert haben.

Kolleginnen und Kollegen,

kurzfristiges handeln zu Bewältigung der Krise ist das eine – ein gesellschaftliche Modell etablieren, damit so etwa nie wieder passiert, ist das andere.

Wir brauchen ein neues Politikmodell.

Schluss mit einer Politik für Besserverdienende, Banken und Profiteure.

Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner müssen ein gutes Leben haben.

Wir wollen, dass nicht mehr der Wert

- von niedrigen Steuern und Sozialabgaben,
- niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten

für die ungestörte Investitionsausübung die politischen Debatten bestimmt

Wir wollen, dass die Werte Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit, Anerkennung, Würde und Respekt die politische Debatte prägen.
Denn ohne diese Werte gibt es kein gutes Leben.

Sie müssen wieder Maßstab bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen werden.

Der Mensch gehört in den Mittelpunkt des politischen Handelns.

Kolleginnen und Kollegen,

darum haben wir eine Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ gestartet.
Sie ist unser Gegenentwurf zu einer Politik für Aktionäre, Finanzjongleure und Banker.

Wir wollen

- Weniger Armut und mehr Sicherheit durch reguläre Jobs!
- Arbeit für alle bei fairem Lohn
- Ein gutes Leben im Alter ohne Armut
- Gute Bildung für alle!
- Mehr Mitbestimmung!
- Gleiche Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ost und West.

Um nur einiges zu nennen.

Wir wollen, dass der zur Normalität gewordene Skandal endlich beendet wird.

Denn es ist ein Skandal, dass Praktika, Leiharbeit, Zeitarbeit, befristete Jobs mittlerweile die Regel und nicht die Ausnahme sind.

Es ist ein Skandal, dass darunter vor allem die Jungen – die Zukunft unserer Gesellschaft – leiden.

Es ist ein Skandal, dass zwei Drittel der unter 35-jährigen beim Übergang ins Berufsleben die Erfahrung von Unsicherheit durch prekäre Beschäftigung machen.

Dass einer wachsenden Gruppe junger Menschen die Perspektive auf ein normales Beschäftigungsverhältnis dauerhaft verwehrt.

Darum sagen wir: Weniger Armut und mehr Sicherheit durch reguläre Jobs!

Das heißt: **Schluss mit Generation Praktikum!**

Jede und jeder fünfte Ausgelernte macht diese Erfahrung, bei den Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen fast 40 Prozent.

Ausbeutung durch Praktika muss eingedämmt werden.

Wir fordern, dass im Streitfall der Arbeitgeber beweisen muss, dass der Praktikant nicht unzulässig als Arbeitskraft missbraucht wurde.

Weniger Armut und mehr Sicherheit durch reguläre Jobs heißt auch:
Schluss mit Generation Leiharbeit!

Auch hier sind vor allem die Jungen betroffen.

Der Anteil der Jungen an der Leiharbeit ist um ein Drittel höher als der Anteil dieser Altersklasse an allen Erwerbstätigen.

Leiharbeit heißt Dumpinglohn und ein hohes Risiko arbeitslos zu werden
Darum: Leiharbeit muss reguliert werden.

Der Gleichstellungsgrundsatz muss nach einer kurzen Einarbeitungszeit gelten.

Leiharbeitsbranche muss ins Arbeitnehmerendengesetz.
Das Synchronisationsverbot muss wieder eingeführt werden.

Der Leiharbeitsvertrag darf nicht auf die Dauer des ersten Einsatzes in einem Entleihbetrieb begrenzt werden.

Kolleginnen und Kollegen!

Weniger Armut und mehr Sicherheit durch reguläre Jobs heißt auch:
Schluss mit Generation Befristung!

Jede und jeder vierte Beschäftigte unter 30 Jahren hat nur einen Vertrag auf Zeit.
Darauf lassen sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse müssen in unbefristete und gesicherte umgewandelt werden.
Die Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung sind einzuschränken.

Kolleginnen und Kollegen,

Gutes Leben heißt auch: Arbeit für alle bei fairem Lohn

Darum setzen wir uns für Mindestlöhne ein.
In fast allen Ländern der Europäischen Union und auch in den USA gehören Mindestlöhne längst zur Realität. Überall funktionieren sie.

Nur in Deutschland soll das nicht gehen?

Und wer sagt das?

Es sind in der Regel die, die ihr Geschäft auf Lohndumping und Armutslöhne aufgebaut haben.

Um diesen Leuten, die sich auf dem Rücken von anderen bereichern, das Handwerk zu legen, müssen wir bei Mindestlöhnen am Ball bleiben.

Neben dem Kampf um anständige Löhne geht es beim Mindestlohn aber immer auch um mehr.

Die Menschen wollen Mindestlöhne, weil damit soziale Gerechtigkeit gestärkt wird.

Die deutschen Gewerkschaften sind eine Bewegung für mehr Gerechtigkeit in diesem Land!

Darum wollen wir Löhne, die ein anständiges Leben garantieren!
Arm trotz Arbeit muss endlich der Geschichte angehören!

Kolleginnen und Kollegen,

Gutes Leben heißt auch: Leben im Alter ohne Armut.

Wir bleiben dabei: Die Rente mit 67 ist eine fatale Fehlentscheidung!
Sie ist eine verkappte Rentenkürzung!
Und sie ist realitätsfern!

Jeder, der in die Betriebe geht, sieht:
Unter den gegenwärtigen Arbeits- und Leistungsbedingungen ist es völlig ausgeschlossen, dass alle bis 67 arbeiten!

Nicht, weil die Leute nicht mehr wollen!
Sondern weil die Arbeit sie kaputt macht und sie nicht mehr können.

Kolleginnen und Kollegen!

Für uns ist klar:
Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, der muss auch künftig früher seinen
Ruhestand genießen können.
Das gehört auch zu guter Arbeit und zu einem guten Leben!
Darum muss die Politik hier ran:

Kolleginnen und Kollegen,

Gutes Leben heißt auch: Gute Bildung für alle!

Ich weiß gar nicht, wie oft noch untersucht und wieder bestätigt werden muss, dass
die Bildungschancen in Deutschland ungerecht verteilt sind!
Dass sie stark vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Das Fatale ist: Ungerechte Bildungschancen setzen sich in Beruf und Karriere fort.

Im Umkehrschluss heißt das:
Gleiche Bildungschancen und Gerechtigkeit im Bildungssystem sind der Schlüssel
für die gerechte Verteilung von Lebens- und Berufsperspektiven.

Darum sagen wir:
Wer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle erreichen will, muss das drei-
gliedrige Schulsystem abschaffen!

Wir setzen auf die „Gute Schule für alle“.
Auf den gemeinsamen Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler bis zur 10.
Klasse.
In Ganztagschulen, mit individueller Förderung und ohne frühe Auslese.

Kolleginnen und Kollegen,

Gutes Leben heißt auch: Mehr Mitbestimmung.
Die Menschen wollen nicht Rädchen im Getriebe sein.
Die Menschen wollen über ihre eigenen Belange mitentscheiden.
Gerade die Wirtschaftskrise zeigt doch:

Die Teilhabe der Menschen an den wirtschaftlichen Entwicklungen der Unternehmen
ist überfällig.

Statt auf ein nachhaltiges Wachstum zu setzen, haben kurzsichtige Manager ledig-
lich auf den Aktienkurs geschielt.

Unsere Antwort ist die Demokratisierung der Finanzmärkte.
Daher benötigen wir eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung!
Mitbestimmung sichert Respekt und Würde des Menschen.

Mitbestimmung stärkt eine soziale und ökologisch nachhaltige Unternehmensentwicklung.

Kolleginnen und Kollegen,

Gutes Leben heißt auch:
Gleiche Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Ost und West.
Auch 20 Jahre nach dem Mauerfall gibt es immer noch spürbare Unterschiede zwischen Ost und West.

Ja, die Menschen haben hier schon sehr viel durch ihre gute Arbeit erreicht.
Aber im Durchschnitt ist es der ostdeutschen Wirtschaft noch nicht gelungen, den Anschluss zu finden.

Hierfür die Lohnhöhe verantwortlich zu machen, wie uns neoliberale Wirtschaftswissenschaftler weiß machen wollen, führt in die Irre!
Denn offenkundig sind die Löhne in Ostdeutschland im Durchschnitt bereits sehr niedrig.

Darum sagen wir:
Ostdeutschland darf nicht länger als ein Experimentierfeld für Niedriglohnstrategien missbraucht werden!

Diese Strategie ist gescheitert.
Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften wehren sich dagegen!
Die gemeinsame Herausforderung liegt in der sozialen und ökologisch nachhaltigen Gestaltung des Strukturwandels.

Wir fordern eine Politik, die ihren Gestaltungsauftrag ernst nimmt.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist an der Zeit uns eine unüberhörbare Stimme für ein gutes Leben zu verschaffen.

Eine Stimme die sagt:
Das marktradikale Modell ist gescheitert!
Es widerspricht den elementaren Lebensinteressen der Menschen:

Menschen sind kein Kostenfaktor!
Menschen sind soziale Wesen und Quelle aller Wertschöpfung!

Diese Stimme werden wir auch in den bevorstehenden Wahlkämpfen erheben!
Wir wollen eine andere Politik!

Dafür werden wir in den nächsten Monaten kämpfen!
Wir wollen unsere Werte in der Gesellschaft propagieren und mehrheitsfähig machen.
Das wird uns nur gelingen, wenn wir wieder selbst begeisterungsfähig sind für eine neue Idee.

Nur dann können wir andere begeistern.

Vielen Dank!